GENDER OPEN REPOSITORIUM

Verein und soziale Bewegung : Zur politischen Struktur der deutschen Frauenbewegung im 20. Jahrhundert

Heinsohn, Kirsten

2000

https://doi.org/10.25595/1505

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinsohn, Kirsten: *Verein und soziale Bewegung : Zur politischen Struktur der deutschen Frauenbewegung im 20. Jahrhundert*, in: Ariadne : Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte (2000) Nr: 37/38, 30-35. DOI: https://doi.org/10.25595/1505.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF).

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Inhalt

Impressum 2

Editorial 3

Inhalt 5

Ein Schritt zurück und zwei vor
oder: Was wünschen sich Emanzen eigentlich zum neuen Jahrhundert? 7
KERSTIN WOLFF

Mehr als einhundert Jahre Frauenbewegung. Traditionen und Unerledigtes 14
UTE GERHARD

Geschichte(n) der Frauenbewegung in Deutschland
Ereignisse, Themen und ihre Konjunkturen 22
ULLA WISCHERMANN

Verein und soziale Bewegung
Zur politischen Struktur der deutschen Frauenbewegung im 20. Jahrhundert 30
KIRSTEN HEINSOHN

Vordenkerinnen, Organisatorinnen, Freundinnen, Gegnerinnen
Beziehungen und Netzwerke in der Frauenbewegung 36
CHRISTINA KLAUSMANN

Das wiederholte verAlten der Emanzipation
Die Generationenfrage in der deutschen Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts 42
IRENE STOEHR

Weiberwirtschaft. Einblicke in die Finanzgeschäfte der Frauenbewegung 50
GILLA DÖLLE

Der Widerspenstigen Zähmung
100 Jahre politische Partizipation von Frauen – ein Rückblick 58
BIRGIT MEYER

Frauenparteien. Phantasterei oder politischer Machtfaktor? 64
ELKE SCHÜLLER

Emanzipation durch Arbeit? 72
ILONA OSTNER

100 Jahre Frauenfriedensaktivitäten in Deutschland. Strategien, Positionen
und Geschlechtsrollenkonstruktionen im Diskurs um Krieg und Frieden 77
UTE KÄTZEL

Feministischer Pazifismus
Der Deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit
1915-1933 84
JENNIFER ANNE DAVY

86 »Die germanischsten unter den Frauen«. Frauen in rechtsextremen Bewegungen
RENATE BITZAN / CHRISTIANE STREUBEL

94 Vom Patriarchat zum Gender Mainstream
Die rechtliche Entwicklung im vergangenen Jahrhundert
CHRISTEL RIEDEL

100 Von der Sexualreform bis zur sexuellen Revolution
Sexualität und sexuelle Gewalt als Themen der Frauenbewegung
TANJA HOMMEN

106 Der Gebärstreik – revolutionäre Waffe oder »quacksalberisches Mittel«?
Eine Geschichte von weiblicher Selbstbestimmung und staatlicher Bevormundung
INKA HAAS

112 (Stief-)Schwestern? Notizen zu 130 Jahren Frauen- und Lesbenbewegung(en)
MARGIT GÖTTERT

118 Schreckbilder und Visionen von einer anderen Gesellschaft
Die Geschichte der Matriarchatsidee
BRIGITTE RÖDER

124 Persönliche Denkgeschichten
LOUISE OTTO-PETERS
GERTRUD BÄUMER
ELSE ULICH-BEIL
LIDA GUSTAVA HEYMANN / ANITA AUGSPURG
DOROTHEE VON VELSEN
GABRIELE STRECKER
ELISABETH SELBERT
GISELA BRACKERT
REGINE HILDEBRANDT
FLORENCE HERVÉ
ILSE KOKULA
INGE VON BÖNNINGHAUSEN
LUISE F. PUSCH
URSULA NIENHAUS
SABINE HERING
VERENA STEFAN
ADRIENNE GOEHLER
CHRISTINA THÜRMER-ROHR
MARIE MARCKS
SIGRID METZ-GÖCKEL

136 Freundinnen des Archivs der deutschen Frauenbewegung

137 Rezensionen

Verein und soziale Bewegung

Zur politischen Struktur der deutschen Frauenbewegung im 20. Jahrhundert

KIRSTEN HEINSOHN

Kirsten Heinsohn, geb. 1963, Dr. phil., Historikerin, Stipendiatin im Forschungsprojekt »Geschlechtergeschichte der Politik« an der Universität Hamburg, Historisches Seminar; Publ. u.a.: Politik und Geschlecht. Zur politischen Kultur bürgerlicher Frauenvereine in Hamburg 1871–1918, Hamburg 1997; Zwischen Kontrolle und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, hrsg. mit Barbara Vogel und Ulrike Weckel, Frankfurt a.M./New York 1997.

1856 postulierte der konservative Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl, dass alleinstehende, wohlhabende Frauen entweder als ›alte Tanten‹ oder im Kloster einen eigenständigen Wirkungskreis entfalten sollten. »*Schickt es sich aber auch mit dem Kloster (und der ›alten Tante‹. K.H.) nicht, dann möge sie in Gottes Namen Frauenvereine gründen und leiten.*«[1] Riehl polemisierte damit gegen eine Organisationsform der zivilen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, die – wenn sie von Frauen genutzt wurde – das so einträchtige Bild von der männlichen Öffentlichkeit und der weiblichen Sphäre des Hauses wirkungsvoll zerstörte. Schon in den Jahren des Vormärz gründeten Frauen eigene Vereine, um für sich und ihre Geschlechtsgenossinnen Rechte und Pflichten in der bürgerlichen Gesellschaft einzufordern. In der ›Zeit der Vereine‹ vor und nach der Reichsgründung und dann noch einmal verstärkt in den neunziger Jahren schossen Frauenvereine wie Pilze aus dem Boden – jedenfalls in den städtischen Zentren des Deutschen Reiches. Urbanisierung, soziale Frage, politische Rechte und Berufsinteressen waren Themenfelder, für die sich eine wachsende Zahl von Frauen interessierte und engagierte. Sowohl für die Sozialdemokratinnen wie für die bürgerlichen Frauenbewegten war der Verein ein entscheidendes Moment der Politisierung, repräsentierte er doch in seiner Funktion ebenso wie in seiner formalen Struktur einen wichtigen Teil der öffentlichen Sphäre der deutschen Gesellschaft.

Das Vereinswesen der Frauen war allerdings im ausgehenden 19. Jahrhundert zwei weitreichenden Einschränkungen unterworfen: Zum einen hatten die Sozialdemokratinnen ebenso wie ihre männlichen Kampfgenossen unter den Repressionen des Reichsgesetzes »*wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie*« (1878 bis 1890) zu leiden. Sie konnten keine langfristig wirkenden Vereinsstrukturen aufbauen, sondern behalfen sich mit einem System von ›Vertrauenspersonen‹, die in Privatwohnungen kleinere Diskussionsrunden einberiefen. Erst nach 1890 konnte sich die sozialdemokratische Frauenbewegung entfalten. Zum anderen wirkte in dem größten Bundesstaat des Deutschen Reiches, Preußen, das dort geltende Vereinsgesetz behindernd in Bezug auf die Gründung von bürgerlichen Frauenvereinen, da Frauen, ebenso wie Schülern und Lehrlingen, die Mitgliedschaft in einem politischen Verein untersagt war.[2] Gegenüber der Mehrheit bürgerlicher Frauen und Männer brauchte der preußische Staat jedoch dieses Gesetz nicht extrem zu exekutieren, da sie selbst jeden Kontakt mit der Sozialdemokratie und ihrem Programm – und das galt im wesentlichen als politisch – bewusst vermieden. Nationale Fragen oder bürgerliche Unterstützungsvereine für Arbeiter galten demgegenüber nicht als politisch und bewirkten daher auch keine Reaktion der Behörde. Wie weit die Antizipation ging, zeigt die Gründung des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF) im Jahre 1894, bei der schon im Vorfeld eine gemeinsame Organisation der sozialdemokratischen und bürgerlichen Frauenvereine aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes vollkommen ausgeschlossen wurde. Die Sozialdemokratinnen ihrerseits gaben unter der Führung Clara Zetkins nun die Parole aus: ›Reinliche Scheidung‹ zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Bewegung.

Im Übergang zum 20. Jahrhundert

Die Frauenbewegung war und ist eine soziale Bewegung, die den sozialen Wandel nicht nur initiiert, sondern diesen auch repräsentiert. Für das ›lange 19. Jahrhundert‹ in Deutschland kann man dies ohne Einschränkungen sagen, waren doch die Frauenvereine sowohl Motor als auch Ausdruck demokratischer und politischer Ansprüche.[3] Für beide Teile der Frauenbewegung (proletarische und bürgerliche) galt, dass sie nach innen ihre Vereinsmitglieder agitieren und schulen wollten und nach außen einen Anspruch an den Staat und die bürgerliche Zivilgesellschaft formulierten. Gerade in Bereichen, die noch nicht vollständig der staatlichen Bürokratie unterworfen waren, wie beispielsweise dem Mädchenschulwesen oder einem großen Teil der privaten Armenfürsorge, konnten sich bürgerliche Vereine einen breiten Aktionsraum schaffen, in dem sie halbstaatliche Funktionen erfüllten. Im Selbstverständnis der Akteurinnen gehörte die Tätigkeit in einem bürgerlichen Frauenverein zu den Pflichten einer modernen Bürgerin. Bürgerliche Reputation, das Einüben und Einhalten der parlamentarischen Regeln im Verein und eine sehr weitgehende Treue zum

Staat und zum Deutschen Reich zeichnete die Mehrheit der bürgerlichen Vereinsfrauen aus.

Nachdem über viele Jahrzehnte hinweg das Vereinsgesetz den Frauenvereinen enge Grenzen gesetzt hatte, wurde endlich 1908 ein reichseinheitliches Vereinsgesetz geschaffen, das Frauen den Zugang zu allen Vereinen und Parteien ermöglichte – eine gemeinsame Tätigkeit von Männern und Frauen war nun auch in politischen Fragen nicht mehr ausgeschlossen. Tatsächlich erhielt sich jedoch das autonome Organisationsmilieu der (bürgerlichen) Frauenvereine bis in die Weimarer Republik hinein, wenn auch erste Erosionsprozesse schon bald sichtbar wurden. Gerade die Aktivistinnen der Frauenbewegung, wie beispielsweise Helene Lange, Gertrud Bäumer oder auch Lida Gustava Heymann, traten demokratischen Parteien bei und forderten ihre Mitstreiterinnen auf, nicht abseits der Parteien zu stehen. In der Folge sahen sich viele ›Führerinnen‹ vor eine Doppelbelastung gestellt: Sie sollten sowohl ihre eigenen Vereine weiter leiten, als auch in den Parteien die ›Frauenfrage‹ vertreten. Andererseits wurde schon vor dem Ersten Weltkrieg deutlich, dass der Frauenbewegung ein Generationenproblem ins Haus stand: Junge Frauen konnten nur in geringem Maße für die Frauenbewegung gewonnen werden, während die aktiven Vereinsfrauen immer älter wurden.

Dieser langfristige Trend, der in der Weimarer Republik zu einem Hauptproblem der bürgerlichen Frauenbewegung avancierte, wurde mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges im August 1914 zunächst gestoppt. Mit der Etablierung des Nationalen Frauendienstes durch Gertrud Bäumer erlebte das organisierte und zentralisierte Vereinsleben der Frauenbewegung zunächst einen großen Aufschwung. Im ganzen Deutschen Reich stellten sich die großen bürgerlichen Frauenvereine zusammen mit den meisten Sozialdemokratinnen in den Dienst der Heimatfront. Sie taten das, was sie auch vor dem Krieg schon getan hatten; doch wurden jetzt erstmals die Vereine offiziell anerkannt und gewürdigt: Soziale Hilfsmaßnahmen für Kriegerfrauen gehörten ebenso zu den schon erprobten Dienstprogrammen wie die Schulung der Hausfrauen für die ›Kriegsküche‹ oder die Ausbildung junger Mädchen oder alleinstehender Frauen für bestimmte Berufe. Die Bedingungen der Kriegswirtschaft verschafften den bürgerlichen ebenso wie den sozialdemokratischen Frauen endlich das Gefühl, wirklich dazuzugehören. Sie repräsentierten nicht länger ein umstrittenes Sonderinteresse, sondern leisteten einen erwünschten Beitrag für die Gemeinschaft.

Paradoxerweise war es diese Interpretation des eigenen Erlebnisses, nämlich die scheinbar erfüllte »Sehnsucht nach der Volkseinheit« (Gertrud Bäumer), die eine Rekonstruktion der alten Frauenbewegung nach dem Ende des Krieges so sehr erschwerte. Das 19. Jahrhundert als eine Zeit der bürgerlichen Vereine war nach dem verlorenen Weltkrieg unwiderruflich vorbei.

Frauenvereine in der Weimarer Republik

Schon die Tätigkeit für den Nationalen Frauendienst hatte eine starke Ausrichtung der Frauenvereine auf den Staat oder die Kommune ausgelöst. In der Folge musste so manche Vereinsvorsitzende ihre Mitglieder ermahnen, über der praktischen Arbeit für den Krieg nicht die Anliegen der Frauenbewegung aus dem Blick zu verlieren.[4] Nach dem Krieg sahen sich die aktiven Frauen dann vor eine veränderte politische und soziale Situation gestellt, auf die die alten Vereinskonzepte nicht mehr passten.

Die Weimarer Verfassung postulierte die »grundsätzliche« Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Damit fielen eine Reihe von formalen Hindernissen weg, die ein gemeinsames Wirken der Geschlechter, z.B. in der Kommunalpolitik, bisher erschwert hatten. Dass die Gleichstellung von Mann und Frau ein Postulat blieb und in der Praxis erhebliche politische, staatsbürgerliche, wirtschaftliche und soziale Ungleichbehandlungen bestanden, ahnten die aktiven Frauen vielleicht. Sie machten sich aber dennoch ans Werk, Frauen für ihre neuen Rechte zu gewinnen. Hatte Helene Lange noch 1913 erklärt, *»der Weg zum Ziel [gemeint war das Frauenstimmrecht, K.H.] muß durch Frauenland führen«*[5], so stand in den ersten Jahren der Republik die Integration in den (Männer-)Staat im Vordergrund.

In der Domäne der Frauenvereine, nämlich in der sozialen Arbeit, setzte ein Professionalisierungsprozess ein, in dessen Folge viele Aktivistinnen und Schülerinnen der vereinseigenen Schulen in staatliche oder kommunale Dienste eintraten.[6] Ein Teil der alten Frauenvereine löste sich auf, entweder weil sie ihr Ziel, z.B. das Frauenstimmrecht, als erreicht ansahen, oder weil in der Inflationszeit das Vereinsvermögen aufgezehrt wurde und damit die Einrichtungen der Vereine, wie Arbeitsnachweise oder Schulen, nicht mehr finanziert werden konnten. Die übrigen Vereine versuchten, ihr Programm und ihre Arbeitsweisen den neuen Bedingungen anzupassen. Insbesondere die als ›Radikale‹ bekannten Frauen, wie Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg, setzten ihre Hoffnungen auf eine verstärkte internationale, friedenssichernde Frauentätigkeit.[7] Die ›alten‹ Vereine

Soziale Hilfsmaßnahmen für Kriegerfrauen gehörten ebenso zu den schon erprobten Dienstprogrammen wie die Schulung der Hausfrauen für die Kriegsküche.

Banquette des Internationalen Frauenkongresses, Berlin 1904

Bild rechts im Text: 1932 bei einer nationalsozialistischen Parade in Berlin

der Bewegung hingegen, so beispielsweise der Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF), suchten nun neue Aufgaben in der politischen Schulung der Frauen. Doch die herkömmlichen Konzepte und Strukturen der Honoratiorenpolitik trugen nicht weit. Konnten die allgemeinen Vereine der Frauenbewegung noch bis in den Krieg hinein ihr eigenständiges Organisations- und Rekrutierungsmilieu aufrechterhalten, zerbrach diese Struktur unter den Bedingungen einer demokratischen Politikstruktur seit 1918.[8] Der ADF sah sich einem rapiden Mitgliederschwund gegenüber: 1920 waren rund 14.000 Frauen organisiert, 1927 nur noch 4.000.[9] Steigende Mitgliederzahlen verzeichneten dagegen die Frauenberufsorganisationen, zunächst auch die entsprechenden Abteilungen der Gewerkschaften sowie die Hausfrauen- und Landfrauenvereine, die sich ebenfalls als spezifische Berufsgruppen für Frauen verstanden.[10] Die ›Kulturaufgabe der Frau‹ wurde zwar von den alten Kämpferinnen hochgehalten, doch löste sich der Ausgangsort dieser Aufgabe immer mehr auf. Zugespitzt könnte man formulieren, dass gerade durch die staatsrechtliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern eine wichtige Legitimationsbasis für eine eigenständige Frauenvereinspolitik verloren ging. Frauen sollten nun überall die ›Frauenfrage‹ beantworten, nicht nur in ihren eigenen Vereinen. Doch gingen die meisten auf sich allein gestellt in die politische (Männer-)Arena und die Zahl der weiblichen Abgeordneten sank in allen parlamentarischen Vertretungen.

In der nationalsozialistischen Diktatur übernahmen oft jüngere Frauen Führungsrollen in den staatlich organisierten Mädchen- und Frauengruppen.

Für den beschriebenen Strukturwandel der Frauenbewegung sind daher mehrere Faktoren ausschlaggebend gewesen: die Demokratisierung des politischen Systems, die die alte liberale Honoratiorenpolitik ins Abseits stellte; die Überalterung der Frauenvereine und die gleichzeitige politische Abstinenz der jungen Frauen (gegenüber der Bewegung); das quantitative Übergewicht der reinen Interessengruppen (Berufsverbände) im BDF und schließlich der aussichtslose Versuch der BDF-Führung gegenüber der politischen Zersplitterung eine Politik der Überparteilichkeit zu gestalten. Alle Punkte zusammen bewirkten eine Schwächung der alten Frauenvereinsbewegung, ohne dass neue politische Konzepte erfolgreich etabliert werden konnten.

Nach dem Krieg versuchten die Aktivistinnen dennoch, an die Gemeinschaftserfahrung des Krieges anzuknüpfen und daraus neue politische Strategien für die Frauenbewegung zu entwerfen. Worte wie »Volksgemeinschaft« und »Kameradschaft« zwischen Mann und Frau übten eine große Wirkung aus und entwickelten sich daher zu führenden Diskurselementen, auf die jede politische Aussage bezogen werden musste. Zum Ende der Republik hin geriet auch die Frauenbewegung immer stärker in das Fahrwasser bündischen Denkens.[11] Doch sollte dieser Beitrag der Frauenbewegung zur allgemeinen politischen Kultur der Weimarer Republik nicht dazu verführen, den alten Vorwurf, Frauen hätten Hitler an die Macht gebracht, erneut aufzustellen.[12] Gerade der BDF, aber auch der ADF, versuchten nach 1930 eine Aufklärung über die nationalsozialistische Bewegung zu initiieren. Zu diesem Zeitpunkt waren aber die Möglichkeiten der Frauenvereine, politisch aktiv im demokratischen Sinne zu wirken, aus strukturellen Gründen gar nicht mehr gegeben – die Bewegung war in der Krise. Ob sich die Frauenvereine aus dieser Situation hätten befreien können, etwa durch die verstärkten Bemühungen des BDF, sich an internationalen Abrüstungskampagnen zu beteiligen, ist leider eine müßige Frage. Die Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten im Januar 1933 und die dann folgenden Gleichschaltungen bzw. Auflösungen der Frauenvereine beendeten die eigenständige Rolle der Frauenbewegung.

In der nationalsozialistischen Diktatur übernahmen nun andere, oft jüngere Frauen Führungsrollen in den staatlich organisierten Mädchen- und Frauengruppen. Diese wurden hierarchisch und dem Führerprinzip verpflichtet geordnet und umfassten fast alle Altersstufen der weiblichen Bevölkerung. Ein Mädchen konnte mit zehn Jahren Mitglied der Hitler-Jugend werden, dann vier Jahre im Bund Deutscher Mädel aktiv sein bis sie als 21-jähriges Mädchen entweder in die NS-Frauenschaft oder in das Deutsche Frauenwerk eintrat.[13] War die NS-Frauenschaft noch deutlich eine politische Gruppe, so wiegten sich die Mitglieder des Frauenwerkes oft in dem Glauben, lediglich unpolitische Wohlfahrtsarbeit für die ›deutsche Volksgemeinschaft‹ zu leisten. Die andere Seite dieser Idylle erfuhren auch viele ehemalige Mitglieder der bürgerlichen Frauenbewegung, die aufgrund einer rassistischen Gesetzgebung aus der ›Volksgemeinschaft‹ ausgeschlossen, diskriminiert und tödlich verfolgt wurden.[14]

K-Merkblatt aus dem Ersten Weltkrieg

Frauenvereine nach 1945

Nach dem Ende des Weltkrieges wiederholte sich – fast schicksalhaft – das Dilemma der Frauenbewegung: Die älteren Frauen versuchten, an die Tradition der alten Bewegung anzuknüpfen, sich in überparteilichen Gruppen zu sammeln und spezifisch weibliche Aufgaben für

den Aufbau Deutschlands zu formulieren.[15] Agnes von Zahn-Harnack, die letzte Vorsitzende des BDF vor der Selbstauflösung, gründete 1945 den Berliner Frauenbund und ihre damalige Stellvertreterin Else Ulich-Beil zwei Jahre später die Notgemeinschaft 1947, die sich als Nachfolgeorganisation des ADF verstand. Es waren diese 40- bis 60-Jährigen, die in vielen Städten unmittelbar nach Kriegsende überparteiliche und überkonfessionelle Frauenausschüsse gründeten. Die Ausschüsse hatten jedoch nur eine kurze Wirkungszeit; nach wenigen Monaten zerbrachen die meisten an den unüberwindlichen politischen Gegensätzen, die sich im restaurativen Klima der Westzonen schnell verschärften. Antikommunistisches Denken und geschlechterpolare Gesellschaftsbilder verhinderten in den westlichen Besatzungsräumen einen wirklichen Neuanfang der Frauenbewegung. Zudem: die Aktivistinnen bildeten nur eine kleine Gruppe; etwa 8 Prozent aller Frauen sahen sich überhaupt in der Lage, politisch aktiv zu werden.[16] Und die jüngeren Frauen, insbesondere diejenigen, die sich im nationalsozialistischem Regime z.B. als BDM-Führerin engagiert hatten, zogen sich zurück und erklärten sich selbst als Verführte der Politik. 1949 kulminierte die Traditionspflege der westdeutschen Frauenbewegten in der Gründung des Deutschen Frauenrings, in dessen Vorstand auch Agnes von Zahn-Harnack gewählt wurde. Sozialdemokratinnen, die konfessionellen Hausfrauen- und Landfrauenverbände sowie die Gewerkschafterinnen traten diesem Bund jedoch nicht bei.

In der sowjetischen Zone Deutschlands wurde der Zusammenschluss von Frauen 1945 in Antifaschistischen Frauenausschüssen dagegen von oben, d.h. von der Sowjetischen Militäradministration befohlen. Zwei Jahre später wurden diese Frauenausschüsse im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) zusammengefasst. Auch in der Folgezeit stand dieser Frauenbund, dem die Frauenorganisationen der westlichen Besatzungszonen ablehnend gegenüber standen, deutlich unter der Herrschaft der 1946 gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Renate Wiggershaus kommentiert in ihrer Übersicht der Frauenbewegungsgeschichte nach 1945 diese Entwicklung mit der Bemerkung, man könne *»wohl sagen, dass der DFD sich mehr dafür einsetzt, dass die Interessen des Staates durch die Frauen verwirklicht werden, als umgekehrt«.*[17]

In beiden Zonen Deutschlands wiederholte sich die gouvernementale Orientierung der etablierten Frauenbewegung – nur unter umgekehrten Vorzeichen. Wollte der Deutsche Frauenring die Interessen der Frauen wirkungsvoll in den neuen Verwaltungseinheiten vertreten, so sollte der DFD die Frauen für die sowjetische Zone bzw. später die DDR mobilisieren. Diese Frauengruppen repräsentierten keine soziale Bewegung, sondern eine in brüchiger bzw. neuer kommunistischer Traditionspflege verharrende Gruppe von Aktivistinnen.

Bild links im Text:
Helli Knoll als Festrednerin beim Interzonalen Frauenkongreß in der Frankfurter Paulskirche, 1948

Frauenbewegung und Neue Linke

Als sich 1969 in der Bundesrepublik die Frauengruppen in Parteien, Gewerkschaften und Vereinen zum Deutschen Frauenrat zusammenschlossen, war ein Ziel der alten Frauenbewegung zumindest erreicht: Die lose Verbindung aller aktiven Frauengruppen in einer Dachorganisation. Mit rund 100 Vereinen und ca. 10 Millionen Mitgliedern (1984) repräsentierte der Frauenrat eine beeindruckende Frauenschar. Nur: Viele Mitglieder z.B. einer Gewerkschaft wussten überhaupt nicht, dass sie automatisch auch Mitglied im Frauenrat sind. Ebenso unbekannt und folgenlos blieb auch die Politik des Rates insgesamt.

Vor diesem historischen Hintergrund verwundert es also kaum, dass die neue Frauenbewegung der siebziger und achtziger Jahre keinerlei Kontinuität und Tradition zur alten Frauenbewegung sah, unabhängig davon, ob die jungen Frauen, die sich nun im Aktionsrat zur Befreiung der Frau (1968) oder im Frankfurter Weiberrat artikulierten, von dieser Bewegung wussten oder nicht.[18] Die entstehende neue Frauenbewegung entsprach ganz dem gesellschaftlichen und politischen Traditionsbruch der 68-er Bewegung in Westdeutschland. Im krassen Gegensatz zur alten Frauenbewegung war frau nun antibürgerlich und vor allem antistaatlich. Die Organisationsformen der neuen Frauengruppen korrespondierten mit den veränderten politischen Absichten: Lose Zusammenschlüsse auf regionaler Ebene, ohne formelle Ordnungen, wie Satzungen oder Mitgliedsbeiträge, dienten als breites Diskussionsforum für die ›Befreiung der Frau‹. Autonomie war eines der wichtigsten Definitionskriterien für die neuen Frauengruppen: Verstanden nicht als erzwungene, staatlicherseits verordnete Abgrenzung von den Männern, sondern als politischer Aus-

Die neue Frauenbewegung war eine Initiative der jungen Frauen [...], die für sich selbst Veränderungen in Politik, Gesellschaft und Privatleben schaffen wollten.

druck einer eigenständigen Frauenpolitik, auch gegenüber den etablierten Frauengruppen in Parteien und Gewerkschaften.[19] Die Emanzipationsvorstellungen richteten sich – bei aller Unterschiedlichkeit in Strategie und Taktik – auf eine Veränderung oder sogar die Abschaffung des Patriarchats. Fragen der alten Bewegung, wie z.B. der § 218 oder die Organisation der Hausarbeit als Gegenstück zur Erwerbstätigkeit, wurden aufgenommen, aber radikal anders beantwortet. Nicht länger stand die ›Kulturaufgabe der Frau‹ im Vordergrund, sondern ein harter Bruch mit der gesellschaftlichen Konvention, die als Fessel für Frauen interpretiert wurde. Und: Die neue Frauenbewegung war eine Initiative der jungen Frauen, überwiegend Studentinnen, die für sich selbst Veränderungen in Politik, Gesellschaft und Privatleben schaffen wollten. Der Betulichkeit der alten Vereinsbewegung mit ihrem Streben nach Anerkennung von Seiten der Männer und des Staates hielt frau nun Parolen entgegen wie *»Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen«*[20] oder der öffentlichen Stellungnahme *»Ich habe abgetrieben«*[21].

Herrad Schenk unterteilt die neue Bewegung in drei Abschnitte: Der oben beschriebenen ersten Phase folgte ab 1975 eine zweite, in der die Selbsterfahrung als Ausdruck der politischen Ansprüche im Vordergrund stand[22]: Die These »das Private ist politisch« markierte einen Wandel innerhalb der Bewegung, der die persönliche Betroffenheit aller Frauen durch das patriarchalische System thematisierte. Aus dieser (internationalen) Bewegung entstanden dann in einer dritten Phase seit 1977 projektorientierte Frauengruppen, die nicht mehr ihre eigene Erfahrung behandelten, sondern professionelle Hilfe für andere Frauen anboten. Die Frauenhaus-Bewegung, die Notruftelefone oder die feministischen Gesundheitszentren entwickelten eine eigenständige frauenpolitische Öffentlichkeit, die nun wiederum von Seiten des Staates und den alten Frauenorganisationen unterstützt wurden. In dieser Phase ging auch die neue Frauenbewegung dazu über, etablierte Formen der Zivilgesellschaft zu nutzen. Die meisten Frauenprojekte werden inzwischen durch gemeinnützige Frauenvereine getragen. Doch ist dies nur eine formale Äquivalenz. Die neuen Frauenbewegten sehen den Verein lediglich als Mittel zum Zweck, d.h. um öffentliche Gelder für ihre Projekte zu erhalten; er ist kein Mittel der Politisierung und Sammlung der Aktivistinnen, wie noch zu Beginn des Jahrhunderts.

Mit dem Ende der 80-er Jahre setzte ein neuer Entwicklungsabschnitt ein, in dem die Finanzknappheit der Kommunen und Länder dazu führte, dass viele Projekte der neuen Frauenbewegung aufgegeben wurden. Aber nicht nur dies: Wie schon in den zwanziger und sechziger Jahren begann eine neue Generation die ›alten‹ Weisheiten der Bewegung in Frage zu stellen. Ältere, in den 60-er und 70-er Jahren politisierte Frauen drücken heute oft das Gefühl aus, die Frauenbewegung sei tot. Jüngere Frauen sind dagegen der Meinung, sie bräuchten keine starke Bewegung, da sie grundsätzlich gleichberechtigt seien. Diese Konstellation bedeutet nicht, dass junge Frauen keine Diskriminierungserfahrungen machen, im Gegenteil. Heute ist es aber noch völlig offen, welche politische Form die Frauenbewegung im neuen Jahrtausend annehmen wird.[23]

2. Sommuniversität in Berlin, 1977

Frauenbuchladen in Berlin

Bilanz

Am Ende des Jahrhunderts bleiben nüchterne Einsichten: Es gibt nicht ein einziges ›richtiges‹ Emanzipationskonzept, es liegen nur differenzierte, oft sehr widersprüchliche Strategien und Erkenntnisse vor. Weder die Einfügung in Bestehendes noch revolutionäre Abkehrung haben bisher eine wirkliche ›Befreiung der Frau‹ gebracht. Zudem, die Kategorien, mit denen der Grad der Befreiung gemessen werden könnte, sind unscharf und heiß umkämpft: »Neue Weiblichkeit« oder alte Gleichberechtigungsforderungen? Insofern gibt es weiterhin eine Menge ›unerledigter Anliegen‹ der Frauenbewegung, die sich in Höhen und Tiefen entwickelt.

Die Struktur der Frauenbewegung spiegelt die Differenzierung der politischen Positionen ebenso wider wie die soziale und politische Verfassung der Gesellschaft insgesamt. War die Zivilgesellschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts noch eine Vereins- und Honoratiorengruppierung, so hat der Verein seine spezifische Funktion inzwischen unwiederbringlich verloren. Der Verein ist nach den in den 70-er Jahren aufkommenden sozialen Bewegungen nicht länger das entscheidende Instrument politischer Mobilisierung der bürgerlichen Zivilgesellschaft – im Gegenteil, ›Vereinsmeierei‹ ist eher ein Synonym für folgenlose Aktivitäten kleiner, unpolitischer Gruppen. Und das war und ist die Frauenbewegung mit Sicherheit nicht: folgenlos.

Anmerkungen

1 Riehl führt weiter aus: *»Der rechte Frauenverein ist das Haus. [...] Es ist am Ende bloß ein kleiner Unterschied, durch Erziehung und Lebensgewohnheit bedingt, ob man sich dem Hause entzieht, indem man im Verein sich mit Plänen zur Aufhülfe der nothleidenden Klassen unterhält*

oder im Literatenclub über Freiheit und Gleichheit räsonnirt.« Wilhelm Heinrich Riehl: Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik, 3. Band: Die Familie, 5. unveränd. Aufl., Stuttgart und Augsburg 1858, S. 70-71. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Überblicksartikel vieles nur kursorisch streifen kann. Meine Perspektive liegt daher auf der strukturellen Entwicklung der Frauenbewegung vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis ca. in die 80-er Jahre unseres Jahrhunderts. Dabei bleiben manche inhaltlichen Differenzierungen zwangsläufig ausgespart, die aber in der angegebenen Literatur nachgelesen werden können.

2 In den anderen deutschen Staaten galten jeweils eigene Vereinsgesetze, die nicht immer restriktiv gegenüber Frauenvereinen waren, z.B. in Hamburg, wo Frauen grundsätzlich nicht von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausgeschlossen waren. Aus dieser Gesetzeslage lässt sich jedoch nicht einfach auf eine freiere Vereinswahl von Frauen schließen. So wurde in Hamburg der Ausschluss der Frauen aus den kommunalpolitisch wichtigen Vereinen über ihren Ausschluss vom Bürgerrecht geregelt. Vgl. dazu Kirsten Heinsohn: Politik und Geschlecht. Zur politischen Kultur bürgerlicher Frauenvereine in Hamburg, Hamburg 1997, S. 21-42.

3 Vgl. dazu die Überblicksdarstellungen: Ute Frevert: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt/M. 1986; Ute Gerhard: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek b. Hamburg 1990; Barbara Greven-Aschoff: Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894-1933, Göttingen 1981; Richard J. Evans: The feminist movement in Germany 1894-1933, London and Beverly Hills 1976.

4 In der Arbeit des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins wird diese Tendenz gut deutlich. Vgl. dazu Irene Stoehr: Emanzipation zum Staat? Der Allgemeine Deutsche Frauenverein – Deutscher Staatsbürgerinnenverband (1893 – 1933), Pfaffenweiler 1990.

5 Helene Lange: Der Weg zum Frauenstimmrecht. Vortrag auf der Generalversammlung des ADF 1913 in Gießen, zit. nach: ebenda, S. 52.

6 Vgl. dazu als Überblick Ilka Riemann: Soziale Arbeit als Hausarbeit. Von der Suppendame zur Sozialpädagogin, Frankfurt/M. 1985 und Christoph Sachße: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871 – 1929, Frankfurt/M. 1986.

7 Die Zeitschrift, die die beiden Pazifistinnen von 1919 bis 1933 für die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit in Deutschland herausgaben, hieß deshalb auch nicht zufällig »Die Frau im Staat«. Vgl. dazu auch Sabine Hering / Cornelia Wenzel: Frauen riefen, aber man hörte sie nicht. Die Rolle der deutschen Frauen in der internationalen Frauenfriedensbewegung zwischen 1892 und 1933, Kassel 1986.

8 Diesen Prozess zeichnet Nancy R. Reagin eindrucksvoll am Beispiel der Frauenbewegung in Hannover nach: Nancy R. Reagin: A German Women's Movement. Class & Gender in Hannover 1880-1933, Chapel Hill/London 1995, S. 203-220.

9 Irene Stoehr, a.a.O., S. 108.

10 Vgl. dazu: Brigitte Kerchner: Beruf und Geschlecht. Frauenberufsverbände in Deutschland 1848-1908, Göttingen 1992, S. 211-242. Renate Bridenthal: »Professional« Housewives: Stepsisters of the Women's Movement, in: Dies. / Atina Grossmann / Marion Kaplan (Hrsg.): When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany, New York 1984, S. 153-173. Andrea Finke-Schaak: Entwicklung einer politischen Haltung der Landfrauenbewegung in der Weimarer Republik unter Einbeziehung des Umgangs mit ihrer Verbandsgeschichte, unveröff. Magisterarbeit, Hamburg Dezember 1998.

11 Vgl. z.B. Margarete Treuge: Vom Frauenverein zur »bündischen Tatgemeinschaft«, in: Die Frau, Jg. 40, Heft 6, März 1933, S. 329-333.

12 Für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dieser These vgl. Annemarie Tröger: Die Dolchstoßlegende der Linken: »Frauen haben Hitler an die Macht gebracht«, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977, S. 324-355; Helen Boak: »Our Last Hope«: Women's Votes for Hitler – A Reappraisal, in: German Studies Review, Jg. 12 (1989), S. 289-310.

13 Claudia Koonz: Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich, Hamburg 1991; Jill Stephenson: The Nazi Organisation of Women, London 1981.

14 Neben der einschlägigen Literatur zum rassistischem Terror im nationalsozialistischen Deutschland ist hier besonders auf die Studie von Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, hinzuweisen. Zur Frauengeschichte im NS allgemein: Kirsten Heinsohn / Barbara Vogel / Ulrike Weckel (Hrsg.): Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt/M./ New York 1997.

15 Dies und das Folgende nach Ute Frevert, a.a.O., S. 272-287 sowie Renate Wiggershaus: Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945, Wuppertal 1979.

16 A.-E. Freier: Frauenfragen sind Lebensfragen, in: Dies. / Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte, Bd. V, Düsseldorf 1984, S. 46 (Schätzung der amerikanischen Militärregierung in Bayern 1948).

17 Renate Wiggershaus, a.a.O., S. 190.

18 Zum Folgenden: Herrad Schenk: Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, 3. Aufl., München 1983; Ute Gerhard: Die »langen Wellen« der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen, in: Regina Becker-Schmidt / Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt/M./New York 1995, S. 247-278.

19 Vgl. dazu Marie-Theres Knäpper: Feminismus – Autonomie – Subjektivität. Tendenzen und Widersprüche in der neuen Frauenbewegung, Bochum 1984.

20 Flugblatt des Aktionsrates zur Befreiung der Frau (1968), in: Frauenjahrbuch 75, Frankfurt/M. 1975, S. 17.

21 Selbstbezichtigungskampagne im »Stern«, Juni 1971.

22 Herrad Schenk, a.a.O., S. 83-102.

23 Vgl. dazu beispielsweise: Psychologie Heute Compact, Thema: Frauen, Heft 2, 1998; In Deutschland tritt eine neue Frauenbewegung an – und kämpft um Macht am Arbeitsplatz, in: Der Spiegel, Nr. 47, 22.11.1999, S. 84-90; Interview mit Alice Schwarzer: Wir brauchen Frauenbündelei, in: ebenda, S. 105-109.

Randzitate

Sind dem Aufsatz entnommen.

Bildnachweise

Seite 31: The International Council of Women. Reports and addresses given at the third quinquennial reunion held in Berlin, June 1904, 2. Ausg., Boston 1909, nach S. 146.
Seite 32: (links) Kriegsjahrbuch des BDF 1916, S. 144.
Seite 32: (rechts) Die Chronik der Frau, Dortmund 1992, S. 476.
Seite 33: (links) Institut für Stadtgeschichte, Stadtarchiv Frankfurt am Main.
Seite 33: (rechts) Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Leipzig 1989, S. 9.
Seite 34: (oben) Hanne Wiedner, Kassel.
Seite 34: (unten) Die Chronik der Frau, Dortmund 1992, S. 590.